

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabekestr. 2-3.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8349. •

Jahreskreuz zum Ganzen und kann es selber sein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied sollst du ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Zeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Ergebnislose Lohnverhandlungen.

Die völlig ungenügenden Löhne unserer Kollegenschaft und ihre deshalb stark bedrückte Lebenslage bildeten den Anlaß, das Lohnabkommen zu kündigen, ausgleichende Forderungen zu stellen und Verhandlungen zwecks Abschluß eines besseren Abkommens anzubahnen und abzuschließen.

Die Vertragsparteien waren sich einig geworden, ab 15. Juni die Verhandlungen in Weimar zu führen.

Unsere Verhandlungskommission (die Kollegen Apel, Erdmann, Frenzel, Griesbach, Hoffmann, Karl, Linke, Markhardt-Amaburg, Menninger und Rieger-Selb) traf schon einen Tag früher dort ein und beriet darüber, ob es nicht möglich sei, eine neue Grundlage zu finden, auf der eine völlig neue Lohngestaltung aufgebaut werden könne. Die Beratungen ließen alle Schwierigkeiten erkennen, aber etwas Neues, das zur Befriedigung aller Lohnwünsche geeignet hätte, konnte nicht gefunden werden. In Gemangelung dessen kam die Verhandlungskommission dahin überein, den Unternehmervertretern vom Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie folgende Forderungen zu übermitteln:

1. a) Es ist eine neue Lohnstafel aufzustellen, die sich auf einen Mindestlohn für einen Facharbeiter über 24 Jahre in der Ortsklasse A von 80 Pf. pro Stunde aufbaut.
- b) Die tariflichen Lohnsätze für Frauen betragen 75 Proz. der tariflichen Männerlohnsätze.
- c) Die in den Orten Dresden, Bonn, München und Wesel liegenden feinkeramischen Betriebe sind gehalten, durch betriebliche Verhandlungen die Löhne der männlichen und weiblichen Arbeiter auf eine der wirtschaftlichen Struktur des Ortes entsprechende Höhe zu bringen.
2. Neben der vorstehenden Erhöhung der tariflichen Lohnsätze und entsprechenden Aufbesserung der Stückpreise werden alle Effektivverdienste (jetzige Verdienste einschließlich aller Zuschläge) um mindestens 20 Proz. erhöht.
3. Kraftwagenführer erhalten statt eines Aufschlages von 25 Proz. einen solchen von 35 Proz. auf den Mindestlohn der Facharbeiter. Kutscher erhalten statt eines Aufschlages von 10 Proz. einen solchen von 20 Proz. auf den Mindestlohn der sonstigen Arbeiter.
4. Zehr- und Übernachtungsgelder betragen 3 bzw. 4 bzw. 5 Mk.
5. Gaszulage für Heizer und Gasgeneratoren.

Bei der Übermittlung der Forderungen verlangten die Arbeitgebervertreter die Auflage, daß über Lohn und Arbeitszeit gleichzeitig verhandelt werden möchte. Unsere Kommission konnte jedoch ein Zugeständnis nicht machen und erklärte: Bevor die Lohnfrage nicht geregelt sei, könne über das Überzeitsabkommen nicht verhandelt werden, wenigstens hätten Verhandlungen darüber vor einer Lohnregelung keinen Zweck. Nach Klärung dieser Angelegenheit kam es zu formellen freien Verhandlungen, bei denen jedoch deutlich zu erkennen war, daß ein Ergebnis nicht erzielt werden kann. Daraufhin erklärten beide Parteien, ein freies Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Schlichters für Thüringen, Herrn Ministerialrat Dr. Hauschild, zu bilden, das über den Lohnstreit zu entscheiden gehabt hätte.

Die Schiedsgerichtsverhandlungen begannen am Dienstag, den 16. Juni, vormittags. Von unserer Seite waren die Kollegen Griesbach und Karl, sowie Fromm von der christlichen Keramikarbeitern als Beisitzer bestimmt; die Arbeitgeber hatten Dr. Bärge, Dr. Rod und Deubach abgeordnet.

Zur Begründung unserer Forderungen führte Kollege Apel unter anderem aus: Die Lohnverhältnisse unserer Kollegen in der feinkeramischen Industrie sind unhaltbar geworden. Diese zählt die niedrigsten Löhne. Im Zeitlohn wird in allen anderen Industrien mehr verdient als bei uns im Akkord. Wenn keine Besserung der Löhne vorgenommen wird, ist unser Akkordsystem fast nicht mehr zu halten. Die wichtigsten Arbeiter und Arbeiterinnen bekommen ihre eigentlichen Verdienste gar nicht mehr, sondern nur Bruchteile. Das liegt am schlechten System. Wie weit wir mit den Löhnen zurück sind, ergibt ein Vergleich mit den uns seit Jahrzehnten vorgehenden Schilbermalern. Deren Stundenlöhne liegen 80 bis 100 Pf. höher als unsere Sätze für gleichwertige Arbeiter. Der feinkeramischen Industrie kann es nicht so schlecht gehen, daß sie nicht höhere Löhne zahlen könne, denn sie sei sehr gut beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit sei nur noch ganz gering. Die Umstände für die Industrie liegen so, daß sie ohne Schaden den gestellten Forderungen gerecht werden könne.

Dr. Warnke erklärte für die Arbeitgeberseite, daß er schon seit Monaten die Kräfte der deutschen Industrie voraus-

gesehen habe. Nun sei sie eingetreten und wir befänden uns mitten darin. Wenn man die Dinge betrachte, so ergäbe sich, daß sich der Stand der Lebenshaltungskosten nicht geändert, die Lage der Industrie dagegen sich stark verschlechtert habe. Die Handelsvertragsverhandlungen mit den verschiedensten Ländern brachten keine Minderungen der Zollsätze, und die Dinge gingen darauf hinaus, daß das Kapital keine Mente mehr abwerfe. Die feinkeramische Industrie ist heute an dem Punkt angelangt, daß sie nichts mehr zu geben vermag. Eher müßten die notleidenden Betriebe durch eine Lohnminderung unterstützt werden. Die Lage gebiete, den Status quo für eine lange Zeit beizubehalten.

Der Kollege Linke trat darauf für die Vorsestellung der Orte Dresden, Bonn, Magdeburg, München und Wesel ein.

Auch die Kollegen Rieger und Markhardt beteiligten sich an der Debatte.

Vom Kollegen Menninger wurde dem Schlichter Material über den wirklichen Stand der feinkeramischen Industrie an Hand der Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften vom Jahre 1924 und über Erweiterungs- und Neubauten vorgelegt, aus dem hervorging, daß es mit den Betrieben nicht so schlimm stehen kann, wie es Dr. Warnke hinstellen wollte; sie können wohl noch höhere Löhne ertragen und ihren Arbeitern und Arbeiterinnen lebensdienliche Verbienste gewähren.

Nach den Darlegungen der beiden Parteien trat das Schiedsgericht in Tätigkeit. Es kam jedoch nicht zu einem abschließenden Ergebnis, weil schwerwiegende Differenzen sachlicher Art den Austritt des Kollegen Karl aus dem Schiedsgericht veranlaßten, die am Mittwoch, den 17. 6., weiter zu einer Einstellung des Verfahrens führten, ohne daß eine Regelung der Lohnfrage durch einen Schiedsspruch zustande kam.

Die Vertragsparteien der feinkeramischen Industrie befinden sich deshalb in einem lohnarbeitslosen Zustand.

Nach der Auflösung des Schiedsgerichts stellten die Arbeitgeber das Ansinnen an unsere Kommission, trotzdem keine Regelung der Lohnfrage vorlag, in Verhandlungen über die Überzeitarbeit einzutreten. Dies wurde jedoch abgelehnt, weil eine Regelung des Überzeitsabkommens vor einer Klärung des Lohnstreites für unzulässig gehalten wurde. Dabei blieb es.

Dieser Ausgang der Verhandlungen veranlaßte nun die Vertretung der Arbeitgeber, zum Reichsarbeitsministerium zu gehen, aber nicht etwa wegen des Lohnstreites, sondern nur wegen Regelung der Überzeitarbeit.

Sonach scheint den Arbeitgebern an einer halbigen Klärung der Lohnfrage nicht viel zu liegen, weil sie annehmend ihren Belegschaften freiwillig die gestellten Lohnforderungen bewilligen wollen. Bisher haben ja eine Anzahl Unternehmer und Direktoren ihren fordernden Belegschaften immer entgegengehalten: Wir sind ja an den Tarif gebunden, wir geben gerne mehr, aber wir dürfen nicht. Wenden Sie sich an Ihren Verband. Nun sind die Herrschaften frei. Werden sie nun gerne mehr geben?

Belegschaften, erinnert die Unternehmer recht energisch daran, daß sie ihrem guten Willen in der Lohnfrage keinen Zwang mehr antun brauchen. Jetzt haben sie so viel Freiheit, daß sie die Löhne sogar verdoppeln können.

Kollegen und Kolleginnen, laßt euch nun die Beweise vom guten Willen der Firmenvertreter in Höhe der obenstehenden Forderungen bringen.

Das Verhalten der Arbeitgeberzentrale zeigt aber auch, wie notwendig die Arbeiter sind, jedoch nur zur Arbeit und zum Gewinnbringen. Für die Arbeit die gerechte Gegenleistung gewähren, darüber zu verhandeln, machen sie keine Anstalten.

Ober fühlen sie sich riesenstark, die Porzellanherzöge? Wollen sie wohl auch ein Tänzen wagen wie die Holzindustriellen?

Wollt sie in der Lohn- und in der Arbeitszeitfrage nach dem Gebot der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (Deutschschrift an den Reichskanzler) gehandelt haben, schwillt ihnen wohl der Kamm.

Sie sollen's ruhig wagen, die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie wird den größten Schaden nicht haben. Aus diesem Verhalten wäre nur um so deutlicher ersichtlich, wie leichtfertig die Industrien mit dem Wirtschaftsfrieden umspringen.

Schon die bisherigen Verhandlungen und das Verhalten bei den Streitfragen laßt die Würdigkeit der Arbeitgeberseite erkennen, an dem Wirtschaftsfrieden ist ihr sonach nichts gelegen.

Wir sind ja gespannt, ob die Unternehmer ihren Belegschaften ein anderes Entgegenkommen zeigen werden, oder ob sie auf gütliche Beilegung mit den Tarifparteien hinstreben.

An gutem Willen lassen es die Arbeitgeber sehr fehlen.

Zoll und Arbeitslohn.

Steigende Dividenden, sinkende Löhne.

Man versucht neuerdings wieder, Arbeitern und Angestellten die Hochschuldschuld durch die Behauptung schmacht zu machen, daß Löhne höhere Löhne ermöglichen. Diese Behauptung ist so alt wie der Schatz selbst und ebenso falsch und gefährlich wie dieser. Die Wissenschaft hat sie schon seit Jahrzehnten als Lüge festgestellt und abgetan. Gelegentlich der Kämpfe um die Währungsreform (1900 bis 1902) veröffentlichte der bekannte Professor Heinrich Dieckel eine Untersuchung in den „Wirtschaftlichen Zeitfragen“, die sinkende Löhne als Folge des Zolls und der steigenden Preise nachweist.

Professor Dieckel untersucht in seiner genannten Arbeit die Beziehungen zwischen Kornpreis und Landarbeiterlohn. Dabei geht er von der Voraussetzung aus, daß der vorhandene Boden in seiner Ertragsfähigkeit durchaus verschieden ist. So unterscheidet er vier Böden, und zwar den Boden 1. Güte, der durchschnittlich 8 Zentner, den Boden 2. Güte, der 7 Zentner, und den Boden 3. Güte, der 6 Zentner Ertrag bringen soll. Der 4. Boden, von dem Dieckel annimmt, daß er bis jetzt nicht bebaut wird, soll 5 Zentner Ertrag bringen. Nehmen wir, in Anlehnung an die Dieckelsche Berechnung, einen Getreidepreis von durchschnittlich 10 Mk. für den Zentner an, so stellen sich die geldlichen Erträge für Boden 1 = 80 Mk., für Boden 2 = 70 Mk., für Boden 3 = 60 Mk. und für Boden 4, wenn er bebaut wird, = 50 Mk. Ob der Boden 4 bebaut werden kann, hängt von den Betriebskosten, also von dem Arbeitslohn und den anderen Ausgaben ab, die wir im Verlauf unserer Untersuchung der Einfachheit halber als Arbeitslohn bezeichnen wollen. Dieckel nimmt in seinem Beispiel an, daß dieser Arbeitslohn, in Korn ausgedrückt, 5 1/2 Zentner beträgt. Diese 5 1/2 Zentner Korn entsprechen bei einem Kornpreis von 10 Mk. für den Zentner genau einem Arbeitslohn von 55 Mk. Die Mente, d. h. der Verdienst des Unternehmers ergibt sich nun, aus dem Unterschied zwischen Arbeitslohn und Ertrag. Danach können wir folgendes feststellen:

Boden	Unterschied zwischen Lohn und Ertrag	Mente
1. Güte	8 Zentner — 5 1/2 Zentner 80 Mark — 55 Mark	2 1/2 Zentner 25 Mark
2. Güte	7 Zentner — 5 1/2 Zentner 70 Mark — 55 Mark	1 1/2 Zentner 15 Mark
3. Güte	6 Zentner — 5 1/2 Zentner 60 Mark — 55 Mark	1/2 Zentner 5 Mark
4. Güte	5 Zentner — 5 1/2 Zentner 50 Mark — 55 Mark	Verlust von 1/2 Zentner Verlust von 5 Mark

Die Böden 1, 2 und 3 sind rentabel, denn sie bringen Gewinn. Anders steht es mit Boden 4, der bei einem Getreidepreis von 10 Mk. für den Zentner nur mit Verlust bebaut werden kann. Er ist unrentabel und wird nicht bebaut. Steigen nun durch den Kornzoll die Getreidepreise, z. B. auf 12 Mk., so wird auch der Boden 4 rentabel, wenn man ihn unter Pflug nimmt. Voraussetzung ist allerdings, daß der Arbeitslohn nicht steigt. In diesem Sinne sind ja neue Böden stets die Ursache zu Arbeitskämpfen und Erschütterungen der Wirtschaft gewesen. Steigt der Arbeitslohn aber entsprechend dem Getreidepreis, was aber unbedingt erforderlich ist, da die Vertenerung des Brotes ja auch den Landarbeiter trifft, so kommt eine Mente nicht in Betracht. Die Produktionssteigerung durch Zoll ist schon deshalb eine durchaus zweifelhafte Sache. Nimmt man nun an, daß das Unternehmertum eine Lohnerhöhung verhindern kann, so tritt als Folge des gleichbleibenden Nominallohnes, das ist die Summe Geld, die der Arbeiter für seine Arbeitskraft erhält, und des steigenden Brotpreises eine Verminderung des Reallohnes ein, d. h. für den gleichbleibenden Nominallohn kann sich der Arbeiter nach der Preissteigerung durch den Zoll nicht mehr dieselbe Menge Waren kaufen, wie vorher. Zahlenmäßig sieht der Zusammenhang wie folgt aus:

Vor dem Zoll: Arbeitslohn von 55 Mk. bei einem Kornpreis von 10 Mk. = 5 1/2 Zentner Korn.

Nach dem Zoll: Arbeitslohn von 55 Mk. bei einem Kornpreis von 12 Mk. = 4 1/2 Zentner Korn.

Unser Landarbeiter erhält also für 55 Mk. nicht mehr 5 1/2 Zentner Getreide, sondern nur noch 4 1/2 Zentner. Sein Reallohn ist um 1 1/2 Zentner gefallen. Damit verliert sich die Grundlage für die Mente. Es ergibt sich folgendes Bild:

Boden	Unterschied zwischen Lohn und Ertrag	Mente
1. Güte	8 Zentner — 4 1/2 Zentner 80 Mark — 41 Mark	3 1/2 Zentner 41 Mark
2. Güte	7 Zentner — 4 1/2 Zentner 70 Mark — 41 Mark	2 1/2 Zentner 29 Mark
3. Güte	6 Zentner — 4 1/2 Zentner 60 Mark — 41 Mark	1 1/2 Zentner 17 Mark
4. Güte	5 Zentner — 4 1/2 Zentner 50 Mark — 41 Mark	1/2 Zentner 5 Mark

Der den Warenpreis steigende Zoll hat also zur Folge: 1. Senkung des Reallohnes, 2. Steigerung der Unternehmerrente.

Die vielgerühmten Wohltaten des Zolls sind in Wirklichkeit nur eine Verminderung der Arbeitslöhne.

Unser Beispiel scheint sich zufällig, weil wir als Unterlage das klassische Beispiel Prof. Dieckel zugrunde legen, an den landwirtschaftlichen Betrieb an. In jedem andern Beruf läßt sich aber dieselbe Feststellung machen, da die Lohnhöhe im Grunde genommen sich nach der Mente der Betriebe mit wenigstem Gewinn, d. h. nach den sogenannten Grenzerträgen richtet. Der Zoll erhält sie, die von Natur aus unrentabel sind, lebensfähig und drückt so den Arbeitslohn.

Deshalb fort mit dem Zoll, der die Löhne senkt und die Dividenden steigert.

Konzernendämmerung?

Der in Kreditnot geratene Stinnes-Konzern wird nun abgebaut. Was dem einzelnen Stinnes-Konzern verbleibt und welche Teile abgebaut werden, darüber gehen die Zeitungsberichte auseinander. Gleichzeitige mit dem Abbau des Stinnes-Konzerns müssen auch andere Konzerne diesen Weg betreten. Gelegentlich der Herfindlung der Deutschen Werte hat der Vorkriegs-Stinnes-Konzern diese unter anderem damit begründet, daß andere Konzerne abgebaut, in ihre Einzelteile aufgelöst werden. In der Tat erfolgten mehrere solche Fälle. Die Neuorganisation des Krupp-Konzerns dürfte die Einschränkung des Konzernbereichs nach sich ziehen. Der Norddeutsche Lloyd-Konzern, der Michael-Konzern — wenn auch der letztere wichtige Neuanordnungen im Versicherungswesen zuzuschreiben hat (seine Textil-Konzerne usw.) — haben sich ein Teil ihres Besitzes entledigen müssen. Der angekündigte Abbau des Stinnes-Konzerns überträgt freilich alle anderen Konzernbeschränkungen auf Ausmaß und Bedeutung.

Man kann diesen Abbauprozess nicht einfach mit dem Hinweis auf die allgemeine Kredit- und Betriebsmittelknappheit erklären. Allerdings ist diese das auslösende Moment für den Konzernabbau. Konkrete im Jahre 1924 in erster Linie die Großkonzerne amerikanische Kredite erhalten, während die mittleren und kleineren Unternehmungen leer ausgingen, so hat im laufenden Jahr dieser Kreditzustand überhaupt aufgehört, und waren deshalb auch die Großkonzerne auf den vorläufig noch schwachen, inländischen Kapitalmarkt angewiesen. Die Betriebe der Großkonzerne sind im allgemeinen überkapitalisiert. Sie wurden während des Krieges erweitert und noch mehr während der Inflationszeit nach dem Krieg, als sämtliche Gewinne zur Erweiterung der Produktionsanlagen verwendet wurden. Deshalb sind diese hochgradig immobilisiert, das heißt, es ist das in Maschinen usw. festgelegte Kapital im Verhältnis zum Betriebskapital zu hoch. Auch dieses Uebel teilen die Großkonzerne mit anderen Großbetrieben. Der wesentliche Unterschied gegenüber anderen Unternehmungsformen kann in folgenden Umständen erblickt werden: Viele Konzerne haben die Grenzen, in welchen eine wirtschaftliche Betriebsführung möglich ist, überschritten, die einzelnen Teile der neuangeordneten Konzerne stehen untereinander vielfach in keinem organischen Zusammenhang und sind finanziell nicht genug unterbunden. Was zum Beispiel den Stinnes-Konzern anbelangt, so wurde ihm von seiner Presse kein organischer Aufbau auf Grund eines großzügigen Wirtschaftsplans nachgerühmt. Die Inflationskrisis von Stinnes, die sich auch auf Hotels- und Güterunternehmungen erstreckte, wurden als wesentliche Ergänzung bezeichnet. Indessen sind die Schwierigkeiten unter anderem auch infolge der Schulden der Güterunternehmungen entstanden. Auch die Petroleumunternehmungen und die Versicherungen des Stinnes-Konzerns haben zu seinen gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten wesentlich beigetragen. Von diesen konnte man mit einem Recht behaupten, daß sie organisch mit dem Konzern zusammenhängen. War doch Stinnes sowohl in der Motorindustrie wie in der Schifffahrt hochgradig beteiligt, es liegt also auf der Hand, daß er auch in der Petroleumversorgung eingegriffen mußte. Indessen kann man auf diese Weise bei der großen Abhängigkeit der Produkte untereinander die Ausdehnung des Wirkungsbereichs eines Konzerns auf fast sämtliche Waren und den Verkehr begründen. In der Tat hat zum Beispiel Henry Ford diese Konsequenz gezogen. Von ihm wird gesagt, daß er heute eigentlich nur noch Körner bezieht, und sonst alle für seine Betriebe notwendigen Materialien selbst herstellt. Bei Ford liegt jedoch eine in der Tat organische Entwicklung der vertikalen Konzentration vor, während die deutschen Konzerne, vor allem der Stinnes-Konzern, andersgeartet sind.

Wenn wir vom Machttrieb der großen Konzernbesitzer reden, der sich durch Erweiterung ihrer Konzerne geltend machte, so denken wir nicht allein an das Machtbewußtsein, das die Größe eines Konzerns ihren Besitzhabern verleiht, und an die Steigerung des politischen Einflusses durch diesen Machtbewußtsein. Erwirbt ein Konzern bei einer bisher unabhängigen Unternehmung eine Beteiligung, wozu die Erwerbung einer Aktienmehrheit von 51 Proz., in der Regel aber noch viel weniger, ausreicht, so kann er durch diese Erwerbung wirtschaftlich vorgehen und sich Sonderprivilegien verschaffen. Im Aufsichtsrat kann er durchsetzen, daß die Entscheidungen dieses Unternehmens unabhängig von der Preislage bei einem Konzernunternehmen gemacht werden sollen. Er kann durchsetzen, daß der Betrieb der von diesem Unternehmen hergestellten Waren einer Handels-gesellschaft übergeben wird, deren wirklicher, oft stiller Herrscher der Leiter des Konzerns ist. Diese Handels-gesellschaft erhält die Waren zu billigen Preisen und verkauft sie teurer; der Gewinn fließt bei den Konzernführern. Vor kurzem wurden Entschlüsse dieser Art in Bezug auf den Stinnes-Konzern gemacht, der beim Vertrieb der Produkte der Alpinen Montan-gesellschaft in Österreich Handels-gesellschaften mit eigener Beteiligung betreibt. Die Verschärfung oder Enteignung der Aktionäre der neuangelegierten Gesellschaft kann auf mannigfache Weise vor sich gehen, durch Schaffung von Übernahmepflichten bei Aufgabe von jungen Aktien oder durch Errichtung von Schutzaktien mit mehrfachen Stimmrecht usw. In diesen Möglichkeiten macht politische Entschlüsse der Konzerne liegt eine große Verlockung für sie, sich immer neue Unternehmungen anzuschließen, auch wenn diese Erwerbungen aus produktions-technischen und anderen Gründen nicht vorteilhaft sind.

Bestärkt wird diese Neigung dadurch, daß man diese neuen Unternehmungen oft mit sehr geringen Mitteln, ja in manchen Fällen ohne Geld auf Grund der finanziellen Mächtigkeiten erwerben konnte. Der vertriebene Hugo Stinnes war ein Großmeister derartiger Finanzzüge. Es ist noch in Erinnerung, wie er zum Beispiel die Mehrheit der Aktien in der Alpinen Montan-gesellschaft, dem größten schwedischen Unternehmen Österreichs, fast umsonst zu erwerben mußte. Ähnliche, Verschärfungen, gegenseitige Beteiligungen oder wie man diese Käufe nennen mag, sind die Wege dazu, mit geringen Mitteln große neue Unternehmungen zu erwerben, zumal da in der Regel zur Beherrschung eines bisher unabhängigen Unternehmens der Besitz von 20 bis 30 Proz. der Aktien hinreicht.

Indessen kann diese Art ihrer Entschlüsse den Konzern-zentren zum Verhängnis werden. Sie sind nämlich finanziell nicht genug unterbunden; die finanziellen Operationen der einzelnen Unternehmungen werden infolge der Verknüpfung der Mannigfaltigkeit derselben immer weniger übersichtlich, die Leitung von einer zentralen Stelle aus immer schwieriger. Würde man annehmen, daß ein Großkonzern eine gute Finanzunterstützung für sämtliche Konzerne bildet, insofern der Führungsbereich ein solches umfassendes Unternehmen aus den Überbegriffen der einflussreichen gedeht und dadurch ein Ausblick erzielt werden kann, so ist dies bei der gewöhnlichen Art der Konzern-Entschlüsse, einer strengen organisatorischen Zusammenfassung nicht möglich. Im Gegenteil wird die Produktions- oder Kreditkrisis einzelner Konzernunternehmungen auch die übrigen in Mitleidenschaft ziehen, wie dies beim Stinnes-Konzern ersichtlich ist.

Das Verhältnis der Banken zu den Konzernen ist von großer Bedeutung. Ergaben sich doch die geschädigten Schwierigkeiten in der Sphäre von Geld und Kredit. Arbeit der Großkonzern mit einer Anzahl von Banken, so kann bei einer Entschlösserung der Finanzverhältnisse des Konzerns keine einzige für sich allein ihn finanzieren, sondern es müssen die einzelnen Banken den Großkonzern bei der Unübersichtlichkeit der Gesamtverhältnisse im Stich lassen, oder aber muß die Konkurrenz der Großbanken gegenseitig die Sanierung in die Wege leiten, wie dies im Fall Stinnes erfolgte. Hier sehen wir wieder zum erstenmal die Herfindung des alten Verhältnisses zwischen Bank und Industrie. Das Industriekapital hat seit dem Kriege das Über-gewicht über das Bankkapital erlangt. Es war vorzuzusetzen,

daß die Geldknappheit und Betriebsmittelnot nach der Stabilisierung dieses Verhältnisses veränderte würde, um so mehr, desto größere Kapitalien sich langsam bei den Banken ansammeln würden. Bei der Sanierung des Stinnes-Konzerns fand diese Erwartung ihre erste Bestätigung. Die Konzerne, vor allem der Stinnes-Konzern, waren bemüht, sich Banken anzuschließen, nicht nur, um die eigenen Finanzverhältnisse durch diese zu verwalten zu lassen, sondern auch, um über die bei der Bank liegenden fremden Kapitalien verfügen und diese für die Zwecke der Konzernunternehmungen verwenden zu können. In dieser Absicht wurden auch Versicherungsgesellschaften vom Stinnes- und vor allem vom Michael-Konzern angegliedert, um über die großen Beträge der Versicherungsprämien verfügen zu können. Indessen wird sich das Publikum, sobald einmal das Vertrauen in die Finanzverhältnisse der Konzerne erschüttert ist, von Konzern-banken und -versicherungsgesellschaften fernhalten, wodurch auch diese leicht in Krisen geraten können. Die Antikonzernbewegung, daß der Stinnes-Konzern beim Wapner-Wandverein nicht die Mehrheit besitze, diene dem Zweck, das Publikum darüber zu beruhigen, daß der Konzern nicht über die Mittel der Bank verfügen kann. Bei der Tatsache, daß die Großkonzern auch ohne Aktienmehrheit ein Institut beherrschen können, ist der Wert einer solchen Beruhigung zweifelhaft. Von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Abhängigkeit der einzelnen Banken und Versicherungsgesellschaften von den Konzernen soll hier nicht gesprochen werden. Einige Worte nur über die Rolle des Staates bei der Konzernbildung, insofern diese auch heute besonders aktuell ist.

Bekanntlich fördert die Umsatzsteuer die Schaffung von großen vertikalen Konzernen, indem diese bei einem jeden Wechsel vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt entrichtet werden muß, während sie bei vertikalen Konzentrationen, vorausgesetzt, daß der Zusammenstoß ein enger ist, erspart werden kann. Da die Finanzreform keinen Abbau der Umsatzsteuer vorsah, sondern diese auf einer beträchtlichen Höhe aufrechterhielt, so wird der Anreiz zur Vergrößerung der Konzerne durch Angehörigen bestehen bleiben. In derselben Richtung würde die geplante Erhöhung der Einkommensteuer wirken. Das Organ der eisen-schaffenden Industrie, die „Deutsche Werkschutzzeitung“, setzt sich für die Erhöhung der Einkommensteuer mit dem Argument ein, daß der größte Teil der eisenverarbeitenden Industrie in vertikalen Konzentrationen bereits zusammengefaßt ist und deshalb die erhöhten Einkommensteuer nicht zu spüren haben wird, weil sie ja doch Roh- und Substanzen aus den eigenen Konzernunternehmungen erhält. Indessen hat ein großer Teil der eisenverarbeitenden Industrie seine Unabhängigkeit bisher noch nicht verloren. Wird aber der Staat die Einkommensteuer erhöhen, so wird er die bisher noch unabhängigen Teile der Eisenindustrie zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit und zum Anschluß an einen bestehenden vertikalen Großkonzern drängen. So muß die künftige Aufblähung der Konzerne weiter andauern, mit allen Folgen, die sich aus einem unzureichenden organisatorischen und finanziellen Unterbau derselben ergeben.

Die Zollvorlage vor dem Reichswirtschaftsrat.

Im Beginn des Juni hat der Reichswirtschaftsrat sein Gutachten über die Getreide- und Futtermittelzölle fertiggestellt. Das Gutachten wird nun den Beratungen im Reichsrat und im Reichstage zugrunde liegen. Bekannt ist ja, daß die Reichsregierung unter Einfluß der Großlandwirtschaft auf schnelle Regelung der Zollfrage drängt.

Der Reichswirtschaftsrat hatte sich über eine Reihe von grundsätzlichen Zollfragen schlüssig zu werden. In der Zollvorlage der Regierung, die dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorlag, forderte die Regierung zunächst autonome Getreide- und Futtermittelzölle. Unter dem autonomen Zoll verstehen wir denjenigen Zoll, der von einem Land allein festgelegt worden ist, ohne jede Rücksicht auf das Ausland. Bei diesem autonomen Zoll hat das Land, das ihn festlegt, die Freiheit, ihn zu gegebener Zeit selbständig zu ändern. Weiter verlangte die Regierung die Anerkennung dieser autonomen Getreidezölle als Minimal- oder Mindestzölle, d. h. die Getreidezölle sollen auch in den kommenden Handelsvertragsverhandlungen nicht geändert werden können. In Wirklichkeit forderte die Regierung den Getreidezoll als Mindestzoll, d. h. unveränderlichen Zoll. Dazu verlangte die Landwirtschaft Erhöhung der in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen Getreidezölle von 5 Mk. auf ungefähr 10 Mk. Sie begründete diese Forderung mit der Tatsache der Goldentwertung. Die Vertreter der Wissenschaft setzten sich für sogenannte Bereitschaftszölle und eine gleichende Getreidezollfalle ein, d. h. der Zoll soll erst dann in Kraft treten, wenn der deutsche Getreidepreis unter dem Weltmarkt-getreidepreis liegt.

In dem Gutachten werden die Forderungen nach einem gleitenden Zoll, nach dem Goldentwertungszoll und den Mindestgetreidezoll abgelehnt. Dagegen wurde eine Entschlössung angenommen, wonach die Getreidezölle als autonome Zölle in die kleine Zollvorlage aufzunehmen sind.

Die Annahme dieses Antrages erfolgte mit den Stimmen der Vertreter der Arbeitgeber und mit Hilfe einiger Vertreter der sogenannten Gruppe 3, die sich aus Vertretern des Handels usw. zusammensetzt. Die Gruppe 2 (Vertreter der Arbeitnehmer) erklärte sich gegen den Antrag oder enthielt sich der Stimme. Die Vertreter der freien Gewerkschaften stimmten geschlossen gegen sämtliche Anträge, auch gegen den Antrag der gleitenden Zölle, weil diese, wie unsere Vertreter ganz richtig bemerkten, nur geeignet ist, die Einführung von Getreidezöllen zu erleichtern.

Aus den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates ist noch die Ablehnung eines Antrages zu erwähnen, der die Bildung eines sogenannten sozialen Fonds vorsah. Dieser Fonds sollte in den Reichshaushaltsplan eingelegt werden und 150 Millionen Mark betragen. Er sollte zu gleichen Teilen der Auswertung der Vermögens, der sozialen Versicherungsbeiträge, der Erbschaftsteuer und der Förderung des ländlichen Erbschaftswesens zufließen. Wenn man sich diesen Fonds nur betrachtet, stellt er sich als ein Almosen heraus, das die Reichsregierung durch die Brotentwertung infolge des Getreidepreises abgeben würde. Der Antrag wurde auch von den Arbeitnehmerschreibern glatt abgelehnt.

Wenigstens der Reichswirtschaftsrat eine Entschlössung an, wonach die Einführung von Einfuhrzöllen wieder in Kraft treten soll. Diese Einfuhrzölle waren schon vor dem letzten ständigen Kampfsgegenstand zwischen Produzenten, Händlern und Verbrauchern. Der Einfuhrzoll wurde denjenigen Landwirten ausgestellt, die Getreide nach dem Ausland ausführen. Sie bildeten eine Anreizung auf den Betrag in Höhe des Zolls für die gleichen Warenmengen, die vom Ausland nach Deutschland eingeführt werden sollten. Wichtig gebend sind die Einfuhrzölle ohne Zweifel ein Mittel, um den Güterverkehr zu vereinfachen. Vor dem Krieg stellte sich aber heraus, daß mit den Einfuhrzöllen großer Mißbrauch getrieben wurde. Diese Scheine waren nämlich frei übertragbar und konnten wie bares Geld gehandelt werden. So kam es vor, daß auf Grund dieser Scheine, die für die Ausfuhr von Getreide ausgestellt waren, andere Waren eingeführt wurden, da sie von jedem aufzukaufen konnten. Die Folge war eine Steigerung der Getreidezufuhr und eine Verknappung des Getreides in Deutschland selbst. In diesem Zusammenhang wurden die Einfuhrzölle ein Mittel der Brotentwertung. Wir wollen hoffen, daß es dem Reichstag gelingt, die Wiedereinführung der Einfuhrzölle zu verhindern.

Die freien Gewerkschaften gegen die Zölle.

Die Bundesversammlung des ADGB besaßte sich kürzlich mit der Zollvorlage der Regierung. In der Aussprache kam die entscheidende Ablehnung der Regierungsvorlage durch die Zentralvorstände scharf zum Ausdruck. Sie fand in der nachfolgenden Entschlössung ihren Niederschlag:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die Haltung seiner Vertreter im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einer Zolltarif für den Abschluß von Handelsverträgen bestreben waren, den Massenverbrauch in Deutschland nicht zu belasten und dem zollfreien Warenaustausch unter den Völkern die Wege zu ebnen. Wo sie bei den Abstimmungen in der Minorität blieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet.“

Die nunmehr veröffentlichte kleine Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, den von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vertreten worden ist. Sie ist

unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Produktionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die Zollansätze in seinen Entschlössungen an die Regierung vorgeschlagenen Zollsätze weit hinaus, sie sieht auch ungemein hohe Lebenshaltung der Arbeiterschaft unmittelbar belastend. Agrarische, Vieh, Fleisch und Wehl, besonders aber die Vorkriegszölle auf Brotgetreide als Mindestzölle. Diese Zollvorlage, zum Gesetz erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensverknäpferung der Arbeiterschaft in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines aufnahmefähigen Inlandsmarktes, zur Einträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen.

Audem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeiterschaft nach einem Ausgleich ihrer Lebensverknäpferung mit Entschlössungen entgegenzutreten.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt hiermit scharfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnerhöhungen ablehnen möchte.

Er fordert insbesondere

Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbfabrikate und notwendigen Verbrauchsgüter, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel.

besonders Wehl und Kartoffeln, Schlachtvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringende Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzugestalten und weiterhin Vorarbeiten zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industriezölle festgelegt werden, die zur Verknäpferung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Aufbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt und stärkt.“

Die Zentralvorstände haben sich im Geiste dieser Entschlössung einstimmig bereit erklärt, sich an der planmäßigen Abwehraktion gegen die schutzpolitischen Vorkämpfer von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und für diese Zwecke zehn Pfennig pro Mitglied, insgesamt also 750 000 Mark, zu bewilligen.

Der Machtkampf in der Holzindustrie.

In der Holzindustrie ist ein außerordentlich heftiger Kampf ausgebrochen. Die Unternehmerverbände der Holzindustrie haben beschlossen, eine Generalstreikung der Holzarbeiter vorzunehmen. Diese Ausperrung, die am 13. Juni einsetzten sollte, ist allerdings nicht in dem Maße erfolgt, wie dies die Schachtmacher der Unternehmer gewünscht haben. Dennoch ist dieser Beschluß bezeichnend.

Der Kampf in der Holzindustrie ist, obwohl es sich hier nur um Lohnfragen und Tarifstreitigkeiten dreht, nichts anderes als ein Ausschnitt aus der heftigen Kämpfe, wie sie zwischen Kapital und Arbeit geführt wird. Die Spitze der Arbeiterverbände arbeitet seit Monaten daran, die Front der Unternehmer lückenlos zu schließen. Mit Denkschriften, Zeitungsartikeln usw. versuchen sie Regierung, die Parlamentare und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Gewinnung der deutschen Wirtschaft nur über den Weg niedriger Löhne und langer Arbeitszeit gehe. Teilweise schreien sie auch vor falschen Angaben, wie die, daß der Arbeitslohn hierzulande bereits mehr als 150 Proz. über der Vorkriegszeit liege, nicht zurück. Die Unternehmer sind natürlich nicht gewöhnt, auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern sie gehen, wo ihnen das rationell erscheint, zum Angriff über. So in der Eisenindustrie, im Ruhrgebiet und nunmehr im Holzgewerbe.

Es ist für den Holzarbeiterverband und darüber hinaus für die gesamte Gewerkschaftsbewegung sehr ehrenvoll, in den Augen der Unternehmer als Machtfaktoren ernstester Art zu gelten. Damit werden auch dem letzten Arbeiter im Lande die Augen geöffnet, was die Arbeiterkraft sein kann, wenn sie sich in den Gewerkschaften zusammenschließt. Die Unternehmer haben eigentlich an einer Stelle eingelegt, wo die Organisationsverhältnisse im Unternehmerlager nicht vom besten sind. Im Holzgewerbe überwiegt noch immer der Kleinunternehmer. Es ist erklärlich, daß diese nicht so leicht unter einen Hut zu bringen sind, als beispielsweise die Unternehmer der chemischen Industrie oder anderer Industriezweige, wo der Großbetrieb vorherrscht. Aber dessen ungeachtet wollen die Unternehmer des Holzgewerbes den Kampf wagen.

Die mangelhafte Zentralisierung der Unternehmer in der Holzindustrie selbst wird allerdings ausgeglichen dadurch, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände dahinter steht. Hier wird man wahrscheinlich auch die Geburtsstätte des Ausperrungsbeschlusses vermuten können. Die Hand- und Streich-arbeiter haben mithin alle Ursache, den Kampf der Holzarbeiter zu den ihrigen zu machen und die kämpfenden Arbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen.

Es besteht kein Grund, Kämpfen dieser Art auszuweichen. Wenn die Unternehmer den Kampf wollen, dann sollen sie ihn haben. Letzten Endes werden sie aufstehen und wirken. Der Organisationsgedanke wird dadurch gestärkt. Auch dem dümmsten Arbeiter muß bei der Schärfe solcher Konflikte eingeucht werden, daß mit der Gefühlsduselei und mit Laubstich nichts zu erreichen ist. Aber auch bei dem organisierten Arbeiter muß der Gedanke lebendig werden, daß nur mit gefüllten Kassen und intakten Organisationen gegen ein künftiges Unheil und stark gestärkter Unternehmern anzukämpfen ist. Wenn die ausgebrochenen Streikaktionen diese Gefühle stärken sollten, dann werden sie weit über den Tag von Bedeutung sein. Der Kampf im Holzgewerbe ist ein Vorpostenkampf, ähnliche und stärkere Kämpfe werden folgen. Wehe der Arbeiterschaft, die dann nicht gerüstet dasteht und die Schläge abwehren in der Lage ist.

Für Frauen und Mädchen

O heil mich nicht von deinem Antlitz flehn,
auf dem der Liebe heiligen Gedanken
gleich goldenen Sternen auf und nieder schwanken,
die still und furchenlos am Himmel ziehn!

Hier ist mein Tempel und hier will ich knien,
um diesen Altar meine Arme ranken,
in diesen Armen meinen Göttern danken,
daß sie mit ihrer Seligkeit verleiern!

Bist du, mein Herz, selbst wider dich im Bunde?
Was soll der volle, schäumende Pokal,
was die Unendlichkeit dem Mann der Stunde?

Begehre nicht die Herrlichkeit zumal!
Bitt um ein Wort nur aus dem lieben Munde,
ein halbes Lächeln, einen Sonnenstrahl!

Georg Herwegh.

Wir glauben.

Von Anna Fussen.

In D'Neills Schauspiel: Der haarige Affe sind zwei Szenen von erschütternder Tragik. Die eine: Schiffbrüchiger Jant, von allen verlassen, allein, verloren, jagt hilflos zu dem Polizisten, der ihn anrempelt: „Wo hin soll ich denn gehen?“ Die andere Szene: Jant schilbert den ersten Sonnenaufgang, den er voll erlebt hat. Die Schönheit, die ihm damit herrlich entgegentrat, hat ihn tief ergriffen. Es ahnt ihm, wie arm, wie trostlos arm sein ganzes bisheriges Leben war.

Aus diesem schmerzvollen Bohnen, aus diesem verzweifeltsten Erkennen eines verlorenen Lebens blüht uns der Glaube auf, der Glaube an den Menschen, an das, was in ihm ist, an die Macht des Gedankens. Kämpfen wollen wir, damit allen des Lebens Schönheit aufgeht, damit alle teilhaben am Glück der Erde.

Mögen sie um uns heulen, die Mächte der Finsternis, sie sollen uns nicht beirren in unserem großen Werk. Es gilt die Befreiung der Seelen! Sie sollen ins Licht hinein, sollen leben und lieben. Die im Elend leben, wissen nichts von der Schönheit der Erde, haben verlernt, was Freude ist. Und wäre der Kampf um tausend Seelen umsonst und nähmen wir nur eine einzige empor ins Licht, eine einzige, wie die des Schiffbrüchigers Jant, so war der Kampf nicht vergebens.

Wir wollen den Menschen den Glauben wiedergeben. Sie sollen glauben an die Liebe, die sie verlassen. Sie sollen glauben an die Treue, die sie verhöhnen. Sie sollen glauben an die Güte, die sie im Geschäftsmachen verloren haben. Eine neue Religion, das werde der betrogenen Menschheit der Sozialismus.

Dem Untergang bist du geweiht, alte Welt, du bist krank, liegst im Sterben. Krone und Zepher, Thron und Adel: Plunderzug, des Feuers wert! Die Zeichen des Verfalls sind auch ins Angesicht geschrieben, ihr Mächte von gestern. Der Tod steht mitten unter euch und ihr seht ihn nicht. Verwesung strömt aus euren Fleibern, und ihr riecht es nicht. Eine untergehende Welt tanzt uns die letzten Walzer vor, grauenvoll-fatastisch verzerrt: Gaarmann, Denke, Angerstein, Lustmord, Kindervergewaltigung, Menschenfresserei; krasseste Wahnsinnserscheinungen. Sie aber wollen nicht sehen. Das sind Ausnahmen, sagen die Toren, und sie wollen es zwingen, das verlorene Herrtum. Unter geht die hoch, eure alte, kaiserliche Welt, euer Mammonsreich, sie sind der Vernichtung preisgegeben. Fallen wird die alte Ordnung der Dinge, wir leben mitten im Untergang.

Aber wir glauben! Wir glauben an die sittliche Kraft im Menschen. Wir glauben an den Sozialismus. Wir glauben an seine erlösende Macht. Sie sind die Besiegten, sie, deren enger Horizont die gewaltige Weltanschauung, die im Sozialismus ist, nie wird fassen können. Wir treten ihr schlimmes Erbe an. Die alte Macht — lange wird sie noch Schatten werfen. Hin und her wogt der Geister Kampf, doch mit uns ist der Geist der Zeit. Der Sozialismus ist der Zeitgeist! Er ist unser Glaube, unser stolzer, heiliger Glaube. Unser muß der Sieg sein.

Da gilt es vor allem: Fort mit Fanatismus, mit dem kleinen Egoismus! Freiheit, Befreiung von den Kleinbürgerlichen Sorgen und Mäßen! Jede große Religion warb im Blut und Kampf geboren, erforderte größten Opfermut. Opfermut brauchen wir, Wille zur Tat, geschlossene Reihen und hoch darüber das rote Banner, revolutionär der Sinn und eiserne Arbeit. Eiserne Arbeit für Volk und Land, eiserne Arbeit für das Volkes Geiste, nicht nur für seines Körpers nackte Not. Eiserne Arbeit auch an uns selbst. Denn wir sind der Grund, auf den sich aufbaut die neue Gemeinschaft, und gut muß der Grundstein sein, soll der Bau nicht verderben.

Schützen wir unsere Religion, schützen wir den Sozialismus! Predigen wir ihn denen, die ihn noch nicht begreifen. Erläutern wir das Tiefe des Ethischen, das Göttliche, das in ihm ist, denen, für die es nur Lohnfrage, Tagespolitik ist. Ihnen, denen der Mammonsdienst, die Geldgier, das Aufhäufen von Schätzen zum Bedürfnis geworden ist, ihnen rufen wir zu: „Wahnsinn ist euer Tun!“ Was nützt ihnen ihr Heberflut? Der arme Menschenbruder darbt und sie können ihren Heberflut selbst bei toller Verschwendung nicht vergehren. Und dieser Tollheit wird einst der Sozialismus Erlöser sein.

Wir glauben! An unseren Sieg, an des Geistes Sieg. „Eines Tages werden die Siege ohne Kanonen, ohne Bajonette errungen werden“, sprach prophetisch der große Napoleon. Das Friedensbanner des Sozialismus weise den Weg dazu, möge die Völker vereinen, verbünden.

Volkswirtschaftliches für die Hausfrau.

Nun hat beinahe 14 Tage die Sonne geschienen. Deshalb müssen die Preise steigen. Der Salat ist doppelt so teuer als in der vorigen Woche, die Gurke ist nicht mehr zu bezahlen; eine Handvoll Gemüse verschlingt einen bedenklichen Bruchteil des Haushaltsgeldes und wer unter uns Proletariern so vernünftig ist und Appetit hat auf eine Spargelstange oder gar auf Erdbeeren und Kirschen, der wird erfahren, solche Dinge sind nicht für uns gewachsen. Sie sind zu teuer.

Bauer und Landwirt machen dir das plausibel, damit du das auch begreifst: Es regnet nicht, die Ernte steht schlecht — ziehe deinen Mantel und zahle. Also steigt die Sonne und auch der Preis. Zahle, zahle! Warum hungert dich auch?

Nun besagt der letzte preussische Erntebericht für den Monat Juni, daß das Getreide besser steht als im Vorjahre und im ausgezeichneten Erntejahr 1913 Roggen, Weizen, Gerste, Kartoffeln, Rüben, auf Wiese und Feld — alles ist gut geraten und im besten Wachstum. Das sind amtliche Feststellungen und nach ihnen erwartet man für 1925 eine gute, eine sehr gute Ernte. Soweit die Sonne in Frage kommt, heißt es in dem amtlichen Bericht: Im großen und ganzen scheint die Witterung trotz der lang anhaltenden Trockenheit den Pflanzen gut bekommen zu sein. Die Winterfrüchte haben sich so gut wie garnicht geändert, der Stand der Sommerung ist an keiner Stelle schlechter als 29. d. h. schlechter als im Jahr 1924 und im Jahre 1913. Ein Vergleich mit dem Vorjahre und mit 1913 zeigt, daß sich Verbesserungen und Verschlechterungen gegen diese beiden Jahre gerade die Waage halten.

• Aber die Preise steigen. Steigen so sehr, weil die Sonne scheint. Der Landwirt sagt es mit der Hand.

Wenn es nun aber regnen sollte — dann werden die Preise auch steigen. Verbrennt heute die scheinende Sonne alles auf den Feldern, so wird der Regen alles erlösen. Dann müssen die Preise steigen, sagt der Bauer und der Händler.

Aber wenn alles richtig wäre in der Natur, wenn der Reichslandbund per Postkarte beliebige Regen und Sonne beim großen Wettermacher Petrus bestellen könnte, dann würden die Preise natürlich — auch steigen. Denn dann würde es wahr scheinlich heißen: die Gesehungskosten sind zu hoch. Du arbeitest nicht lang genug und dein Lohn ist zu hoch.

Staune nicht. Ueb Solidarität. Führe die Abschießenden deiner Gewerkschaft zu, um diesem Unfug ein Ende zu machen.

Auständige Mädchen.

Von Hans Bauer.

Im Mittelalter hat man das Evangelium der Menschen liebe durch grausame Bestrafungen durchzusetzen versucht. Die Apostel Gottes bedienten sich der Mittel jenes, den sie ausrotten zu wollen vorgaben: des Teufels. Die Bestrafung des Bösen unter Nützung des Guten, diese Seelenformel mit der Entschuldigung der Strafe ist mit den Hexenverbrennungen nicht ausgestorben. Das Prinzip hat sich erhalten.

An der Wiener Universität haben in diesen Tagen Studenten demonstrieren stattgefunden. Wir wissen es lange, daß so trumm gar keine kühnen Taten sein können, wie die Wege ihrer antisemitischen Vorkämpfer zu sein pflegen. Immerhin wandten diese die Energien ihrer verlorbenen Leidenschaft bislang vornehmlich gegen die andersartigen oder wenigstens anders gestimmten Männer. Dieses Verhalten hatte insofern seine Mängel, als man zuweilen auf streitbaren Widerstand stieß. Dieser ist in viel geringerem Maße von Frauen zu befürchten. Die Wiener Studentinnen haben dies scharfsinnig erkannt und in ihrem Kampf gegen alles Unethische nach den langen Rufen der Männer die kurzen Haare der Frauen einbezogen. Die Wiener Studentinnen haben sich entrisst gegen den Bublikopf ihrer Kolleginnen gewandt und dessen Trägerinnen geprügelt und an dem Rest ihrer Haare gezerrt. Da muß man freilich sagen, daß es wahr ist, daß die blonden Mädchen der alten Deutschen wallendes Haar trugen. Da sie keine Gefahr liefen, von den Minnesängern an ihnen geizert zu werden, war das ein leichtes. Aus den Minnesängern sind Klügel geworden. Dort wurde nur eine Mode, hier eine Weltanschauung gewechselt. Ein antänisches Mädchen, haben die zukünftigen Oberschichten Wiens gerufen, läßt sich die Haare nicht schneiden, sondern nur die Cont. haben sie gemeint, sei es selbst von unausgebildeten Studenten. Vielleicht ist der Bublikopf tatsächlich nichts Schönes. Er ist in jedem Fall ein harmloses Modestück. Die Wiener Mädchenritter haben schon dieser Belanglosigkeit den Charakter eines verhassten Fortschrittsymbols beigegeben, dessen Bekämpfung auch eine Gewohnheit gegen Frauen wert ist. Es ist leicht zu erkennen, welche Maßnahmen anzuwenden ihnen ihre Kultur erst erlaubt, sobald es sich um die Auslöschung flammender Signale einer neuen Zeit handelt, als es das des Bublikopfes ist.

Es gibt so viele Arten von Liebe, daß wir, um sie zu definieren, kaum wissen, auf welche wir unsere Aufmerksamkeit richten sollen. Manche wenden kühn den Namen „Liebe“ auf eine leidenschaftliche Neigung weniger Tage, auf eine Verbindung ohne Anhänglichkeit, auf eine Leidenschaft ohne Neigung, auf bloße Zuneigung, auf eine kalte Gewohnheit, auf eine romantische Einbildung, auf einen Geschmack an, dem rasch Ekel folgt. Sie wenden eben den Namen auf tausend Schindern an. Doltire.

Notstandsarbeit oder produktive Arbeitslosenfürsorge?

Die Verordnung über die sogenannte produktive Arbeitslosenfürsorge, die an die Stelle der Bestimmungen vom 17. November 1913 trat, wurde Ende April herausgegeben. Neben der Unterbringung in Form von Beschäftigungen besteht diese Art der Arbeitslosenfürsorge, im allgemeinen bisher als „Notstandsarbeit“ bekannt. Bei einer richtigen sozialen Einstellung würde es sich um wirkliche produktive Arbeitslosenfürsorge und nicht um Notstandsarbeiten handeln müssen. Unter diesem Gesichtspunkt unterwirft Doktor Fritz Croner in der sozialpolitischen Rundschau der „Deutschen Werkmeisterzeitung“ die Verordnung einer scharfen Kritik. Der Charakter der „Notstandsarbeit“ wird weiter bewahrt. Im ersten Paragraphen wird bestimmt, daß die Beschäftigung als Notstandsarbeit für die Unterbringung sei, die er erhält. Das Arbeitsverhältnis wird nur insofern anerkannt, als der „Notstandsarbeiter“ hinsichtlich seiner Versicherungs- und steuerpflichtig sein wird. Sonst aber schaltet man für ihn die Gültigkeit des Vertriebsgesetzes und die Verordnung über Tarifverträge aus. Er wird zwar hinsichtlich seiner Versicherungs- und steuerpflichtig sein. Sonst aber sind Bestimmungen, die in der Praxis unbrauchbar — allerdings muß er der neuen Verordnung zufolge im Auftrag arbeiten oder wird ihm das Mindestmaß seiner Tagesleistung vorgeschrieben. Für ihn gilt aber nicht die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages und er kann das Schlichtungsverfahren nicht in Anspruch nehmen. Der Verwaltungsausschuß des Landesamtes für Arbeitsvermittlung kann in besonderen Fällen für die Beschäftigung der Notstandsarbeiter eine obere Grenze festlegen, das heißt unter die Tariflöhne gehen. Diese für die Arbeiter nachteilige Bestimmung entspringt der Angst, daß in Verbindung mit Schundlöhnen die Tariflöhne der Notstandsarbeiter höher liegen könnten als die von der Industrie bezahlten. Darum soll die Möglichkeit geschaffen werden, in solchen Fällen die Löhne der Notstandsarbeiter zu drücken. Aus diesen Gründen wollte man die Notstandsarbeit nicht als richtiges Arbeitsverhältnis ansehen. Anerkannt muß aber werden, daß der wirtschaftliche Entwurf bischöflich noch viel ungünstiger war, als die gegenwärtige Verordnung.

Die Förderung der Beschäftigung der Arbeitslosen ergibt in der Regel als „Grundsatzforderung“. Bei größeren Arbeiten als „berufliche Förderung“. (In der alten Fassung „kleine“ und „große“ Notstandsarbeit.) Die „Grundsatzforderung“ wird aus Mitteln der Arbeitslosenfürsorge bestritten, daß heißt aus Beiträgen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeinden. Mit der Begründung, daß mit diesen Geldern bezahlt werden muß, wird die Summe der Grundförderung eng begrenzt, daß heißt, wenn sie in Form eines Zuschusses gewährt wird, auf das anderthalbfache, in der Form des Darlehens auf das dreifache. Diese Beschränkung ist aber praktisch vollkommen unzureichend. Wichtig wäre es, daß die Mittel für die produktive Arbeitslosenfürsorge vom Reich und Land zur Verfügung gestellt

würden; dann wäre die erwähnte Begründung der Minderleistung überflüssig. Was die „verstärkte Förderung“ anbelangt, die vom Reich oder Land gewährt wird, so ist diesbezüglich, insofern es sich um Bürgschaft oder Darlehen handelt, gegenüber dem bisherigen Zustand ein Fortschritt zu verzeichnen: die Förderungssummen werden nicht im voraus zahlenmäßig gebunden und werden nicht länger an die Höhe der erwarteten Unterstützung (bisher das zwei- bis zweieinhalbfache) geknüpft. In Bezug auf die Gewährung von Zuschüssen ist aber in der neuen Verordnung eine Verschlechterung eingetreten. Diese wird auf Notstandsarbeiten größeren Umfangs von mehr als örtlicher Bedeutung beschränkt und nach oben begrenzt durch die Höhe der erwarteten Unterstützung in Ausnahmefällen durch das anderthalbfache derselben.

Finanzen und Steuern im Monat Mai.

Nach Ausweis der Reichshauptkasse betragen die Reicheinnahmen im Monat Mai rund 618 Millionen Mark und die Ausgaben 635 Millionen. Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von rund 17 Millionen. Dieser Fehlbetrag ist nicht allzu tragisch zu nehmen, weil er durch gewisse Veränderungen in der Zahlungsweise der verschiedenen Steuern entstanden ist.

Dieses geht besonders aus den steigenden Einnahmen aus den Steuern hervor, die im neuen Steuerjahr genau wie im verflochtenen Steuerjahr den Voranschlag bei weitem übersteigen. Das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen im Monat Mai stellt sich auf 610,9 Millionen und unterschreitet sich wenig von den erzielten Steuermonaten im Jahr 1924/25. Die Einkommensteuer erbrachte rund 212 Millionen Mark, d. h. 100 Millionen mehr als im Mai 1924. Von diesen entfallen allein 136,9 Millionen Mark auf die Lohnabzugssteuer gegenüber 126 Millionen Mark im Vorjahre. Auch die Umsatzsteuer bleibt mit 116 Millionen Mark über dem Voranschlag. Die Entwicklung im Monat Mai beweist wiederum, daß der Lohnabzug und die Umsatzsteuer durchaus überhand nehmen. Sie bedürfen einer radikalen Verminderung.

In dem Steueranweisung des Reichsfinanzministeriums wird die Aufschlagssteuer mit 2,79 Millionen Mark angegeben. Erwartet wurden nur rund 600 000 Mk. Die Geschäfte der Dividendenbesitzer scheinen demnach ganz prächtig zu blühen.

Was würden die Agrarzölle kosten?

Eine private Berechnung darüber, wie groß die Reicheinnahmen des Reiches aus der Einführung der Agrarzölle in der geplanten Höhe sein würden, zeigt unter Zugrundelegung der Einfuhr für das Jahr 1924 und vorausgesetzt, daß die Höchstzölle erhoben werden, folgendes Bild: Die Einnahmen würden in Millionen Mark betragen aus den Zöllen auf: Roggen 36, Weizen 55,3, Gerste 41,5, Hafer 3,9, Kartoffeln 1,5, Mehl 118, Vieh und Fleisch 101,5, Viehhüter, Obst, Samen 136,6, Fette 93, andere Lebensmittel 50, in Summe mit 643 Millionen Mark. Die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer würden bei den Höchstzöllen 141,7 Millionen betragen, bei An-

wendung der Minimallöhne, falls nämlich mit sämtlichen Zöllen, die nach Deutschland Getreide ausführen, Handelsverträge auf Grund der Minimallöhne abgeschlossen werden könnten, 68,2 Millionen. Auf der Grundlage der handelsvertraglich auf das Mindestmaß herabgesetzten Agrarzölle berechnet das „Berliner Tageblatt“ den Ertrag der Agrarzölle auf 282 Millionen Mark. Die Mindesteinnahme des Reiches aus den neuen erhöhten Industriezöllen dürfte 350 Millionen Mark betragen. Das Reich würde demzufolge dank des geplanten Schuttsystems 600 Millionen Mark im Jahr einnehmen (auf Grund der Einfuhr vom 1924), während im Budget unter Fülleinnahmen nur 160 Millionen eingestellt sind.

Die Fülleinnahmen geben aber kein Bild davon, wie groß die Belastung des Verbrauches durch die Zölle sein wird. Viel wichtiger ist die Belastung des Verbrauches durch die Steigerung der Preise für die inländischen Produkte. Der Berechnung Hugo Brentanos zufolge hatte das Reich in den Jahren 1907 bis 1909 aus dem Getreidezöllen eine Einnahme von 2 Mark 45 Pfennig im Jahre pro Kopf der Bevölkerung, während den Grundbesitzern 19 Mark 91 Pfennig Mehreinnahmen pro Kopf der Bevölkerung zufließen. Die Grundbesitzer haben demnach einen achtmal so großen Nutzen aus den Getreidezöllen gehabt wie die Staatskasse.

Bemerktes.

Verwilderung oder Humanisierung des Klassenkampfes? Die Wirkung des Klassenkampfes, der das Leben gegen die Reichen, ist eine uralte Erscheinung des sozialen Lebens. Ueber die Wandlungen der Sozialpsychologie des Klassenkampfes macht Prof. Tönnies in der „Sozialen Praxis“ manche interessante Bemerkungen. Reiz und Mißgunst ist an den feindlichen Empfindungen der armen Leute immer beteiligt gewesen. Im ganzen aber sind jene häßlichen Empfindungen bezeichnend für die weniger Reichen gegen die Reichen. Bei den Armen spielt besonders die Empörung über den Luxus, die Schwelgerei und die Verschwendung eine große Rolle. Diese sittliche Entrüstung kommt schon im Evangelium zum Ausdruck und bleibt ein Erbteil der am christlichen Glauben sich nährenden Gesinnung. In der Reformationszeit richtete sie sich gegen die Heppigkeit des Klerus. Die Entrüstung betrifft oft die Herkunft der Reichen und die Art des Erwerbes ihrer Vermögen. In früheren Zeiten ist es mehr die Ungleichgültigkeit, in jüngeren mehr die Unethizität oder Rücksichtslosigkeit des Erwerbes die Abneigung. Kaum jemals ist mit so viel Leidenschaft gegen den modernen Kapitalismus geeifert worden, wie es durch Martin Luther gegen die Kaufleute und die „großen Hansen“ geschah. In unseren Zeiten hat sich das Ansehen des Besitzes überhaupt vermindert. In den alten Anschauungen des fremden, des neuen Reichtums und des Handelsreichtums ist erst im 19. Jahrhundert der Klassenkampf des Proletariats gegen das Kapital eingetreten. Dieser moderne Klassenkampf ist weniger persönlich als jene älteren Arten des Unwillens der unteren Schichten waren. Er hat mehr einen theoretischen und doktrinen als

